

Die deutsch-französischen Beziehungen Rückblick und aktueller Stand

von

Yves Bizeul und Matthias Schulz
mit einem Aufsatz von Laurent Leblond

Universität Rostock

Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften

2000

HERAUSGEBER: Universität Rostock, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften

REDAKTION: Prof. Dr. Yves Bizeul
Prof. Dr. Nikolaus Werz

LEKTORAT: Autorenkorrektur
Jana Müller, Ricarda Waterstrat

HERSTELLUNG DER
DRUCKVORLAGE: Prof. Dr. Yves Bizeul

CIP-KURZTITELAUFNahme: Bizeul, Yves:
Die deutsch-französischen Beziehungen : Rückblick
und aktueller Stand / von Yves Bizeul u. Matthias Schulz.
Mit einem Aufsatz von Laurent Leblond. - Rostock : Univ.,
Inst. für Politik- u. Verwaltungswissenschaften, 2000. -
82 S. - (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung ; 13)

ISSN 0947-3025

© Universität Rostock, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, 18051 Rostock.
Jede Form der Weitergabe oder Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Herausgebers.

BEZUGSMÖGLICHKEITEN: Universität Rostock
Universitätsbibliothek, Schriftentausch, 18051 Rostock
Tel.: +49 (0) 381-498-22 81
Fax: +49 (0) 381-498-22 68
e-mail: maria.schumacher@ub.uni-rostock.de

Universität Rostock
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften
18051 Rostock
Tel.: +49 (0) 381-498-33 27 Fax: +49 (0) 381-498-33 28

DRUCK: Universitätsdruckerei Rostock 769/00 (unveränd. Nachdruck)

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	4
VOM ANTAGONISMUS ZUR PARTNERSCHAFT: STATIONEN UND ENTWICKLUNG DER DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN BEZIEHUNGEN SEIT DER FRANZÖSISCHEN REVOLUTION (Matthias Schulz)	
1. Einleitung	6
2. Images de l'autre - Bilder vom Anderen	8
3. Antagonismus und deutsch-französische Katastrophen	13
4. Aufbruch, Versöhnung und europäische Integration	27
5. Exkurs: Ostberlin und Paris	33
6. Normalität und Ausbau der Partnerschaft	36
DER HEUTIGE STAND DER DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN BEZIEHUNGEN (Yves Bizeul)	
1. Einleitung	38
2. Das deutsch-französische „Tandem auf Schlingerkurs“	39
3. „Das Tandem fasst wieder Tritt“	52
4. Schlussfolgerung	65
5. Allgemeine einführende Literatur zum Thema	69
50 ANS DE REPUBLIQUE FEDERALE D'ALLEMAGNE ET DE RELATIONS FRANCO-ALLEMANDES (1949-1999) (Laurent Leblond)	
1. Introduction	71
2. Le rôle essentiel de Konrad Adenauer dans la création de la RFA	72
3. Des relations franco-allemandes très tendues de 1945 à 1949	74
4. La réconciliation franco-allemande par l'Europe et pour l'Europe	75
5. De l'ascendant français à l'équilibre politique (1963-1996)	77
6. La situation actuelle: un certain rééquilibrage et des difficultés	79

VORWORT

Die beiden ersten Beiträge dieses Sammelbands resultieren aus Vorträgen, die am 15. April 1999 im Rahmen eines gemeinsam vom Europa Zentrum Rostock und von der Volkshochschule der Hansestadt Rostock unter der Mitwirkung des Institut Français de Rostock veranstalteten „Länderseminars Frankreich“ gehalten wurden. Der dritte Beitrag des Journalisten Laurent Leblond, dem Verfasser des Buches *Le Couple franco-Allemand depuis 1945* (Paris: Le Monde-Editions, 1997), geht aus einem Vortrag hervor, den Leblond ebenfalls am 15. April 1999 am Institut Français de Rostock gehalten hat. Diese Veröffentlichung richtet sich in erster Linie an Studierende und an ein interessiertes Publikum, das sich einen Überblick über die Geschichte und den heutigen Stand der deutsch-französischen Beziehungen verschaffen möchte.

Trotz unvermeidlicher Spannungen überwiegt in diesem zwischenstaatlichen Verhältnis die Kontinuität. Deutschland und Frankreich sind der Hauptantrieb für den europäischen Einigungsprozess. Die Rede, die Bundeskanzler Gerhard Schröder am 30. November 1999 vor der französischen Nationalversammlung gehalten hat, bestätigt dies nochmals auf beeindruckende Weise. Schröder betonte: „Europa zählt auf Deutschland und Frankreich. Keine der großen europäischen Aufgaben ist je gelöst worden, wenn Deutschland und Frankreich sich nicht einig waren. Keines der großen europäischen Integrationsprojekte wäre jemals verwirklicht worden, hätten nicht Frankreich und Deutschland den Anstoß gegeben. Am Ausgang dieses Jahrtausends kommt es nun wiederum auf Deutschland und Frankreich an“. Dies sind keine leeren Worte, sondern die Darstellung einer unumgänglichen Tatsache. Mehrere deutsche und französische Spitzenpolitiker, die sich am Anfang ihrer Amtszeit aus unterschiedlichen Gründen dieser Realität entziehen wollten, mussten nach kurzer Zeit ihren politischen Kurs wieder ändern - Schröder selbst stand dem deutsch-französischen Verhältnis anfänglich distanziert gegenüber. Die Nachkriegsgeneration, die für die deutsch-französische Zusammenarbeit angeblich nicht so leicht wie die Pioniere der deutsch-französischen Versöhnung zu begeistern sein soll, steht

dieser Zusammenarbeit weniger verkrampft gegenüber. Sie sieht sehr wohl die Notwendigkeit einer soliden und dauerhaften Verankerung der beiden Länder in einer konstruktiven Zusammenarbeit und im Zusammenwirken für die europäische Einigung, insbesondere in einer Welt, die durch die Prozesse der Globalisierung und der Wiedergeburt des Ethno-Nationalismus mit gefährvollen Entwicklungen konfrontiert ist. Die wünschenswerte europäische Osterweiterung wird an dieser Tatsache nichts ändern. Sie wird sogar höchstwahrscheinlich die Notwendigkeit eines Aufbaus der deutsch-französischen Säule in Europa noch verstärken. Die Bundesrepublik und Frankreich bilden keinesfalls ein „altes Ehepaar“, das einen höflichen Umgang pflegen sollte, wie der Präsident der französischen Nationalversammlung, Laurent Fabius, anlässlich der von Gerhard Schröder gehaltenen Rede vom 30. November 1999 festzustellen meinte. Im Gegenteil, die engen deutsch-französischen Beziehungen sind ein noch recht junges Phänomen, gemessen nicht an einem Menschenleben, sondern am Alter einer Nation. Man hat gerade angefangen, sich gegenseitig wirklich kennen zu lernen und die gegenseitigen Vorurteile abzubauen. Jetzt gilt es - wie in jeder menschlichen Beziehung auch - zu lernen, seine Eigeninteressen vorzutragen, ohne den anderen zu brüskieren und verstärkt gemeinsam zu handeln.

Yves Bizeul

VOM ANTAGONISMUS ZUR PARTNERSCHAFT: STATIONEN UND ENTWICKLUNG DER DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN BEZIEHUNGEN SEIT DER FRANZÖSISCHEN REVOLUTION

MATTHIAS SCHULZ

1. Einleitung

Das bilaterale Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich hat die gesamteuropäische Architektur im 19. und 20. Jahrhundert nachhaltiger beeinflusst als jedes andere Nachbarschaftsverhältnis - über lange Zeit mit negativen, destabilisierenden, später glücklicherweise mit positiven Folgen für die europäische Ordnung. Während über Jahrhunderte hinweg bis weit ins 19. Jahrhundert hinein ein ambivalentes, weder von Spannungen freies noch feindliches Verhältnis zwischen den deutschen Staaten und Frankreich bestand, überwogen antagonistische Elemente etwa zwischen dem Deutschen Krieg 1866 und 1950.¹ Das millionenfache Leid, welches sich beide Völker in den Napoleonischen Kriegen, dem Deutsch-Französischen Krieg sowie in den beiden von Deutschland ausgegangenen Weltkriegen zufügten, steht in enger Verbindung mit der Legende einer deutsch-französischen „Erbfeindschaft“, die eine konstruktive Gestaltung der bilateralen Beziehungen in dieser Phase belastete, obwohl es auch von Seiten Bismarcks und Stresemanns Versuche der Annäherung gab.² Seit den fünfziger Jahren - das heißt seit dem Schumanplan, der Lösung der

¹ Siehe im einzelnen zur deutschen Außenpolitik von 1871-1945 Klaus Hildebrand: Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871-1945. Stuttgart 1995; Andreas Hillgruber: Die gescheiterte Großmacht: Eine Skizze des Deutschen Reiches 1871-1945. 4. Aufl., Düsseldorf 1984.

² Vgl. zum Revanchegedanken als einer Grundlage der Erbfeindschaftslegende Markus Völkel: „Geschichte als Vergeltung: Zur Grundlegung des Revanchegedankens in der deutsch-französischen Historikerdiskussion von 1870/71“, in: HZ 257 (1993), S. 63-107; weiterführend zum Feindbegriff in den deutsch-französischen Beziehungen Michael Jeismann: Das Vaterland der Feinde: Studien zum nationalen Feindbegriff und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792-1918. Stuttgart 1992; weiter zum nationalen Selbstverständnis im Vergleich Etienne François / Hannes Siegrist / Jakob Vogel (Hrsg.):

Saarfrage und den erfolgreichen Verhandlungen über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft - kann man wirklich von einem produktiven Nachbarschaftsverhältnis sprechen, und mit den Begegnungen zwischen De Gaulle und Adenauer in Colombey-les-deux-Églises sowie Reims und dem deutsch-französischen Freundschaftsvertrag von 1963 entstand eine Art Gegenmythos zur Legende der Erbfeindschaft, nämlich die Vorstellung einer deutsch-französischen Sonderbeziehung, eines „Duos“, die Vorstellung vom deutsch-französischen „Motor für Europa“, vom „couple“ Michel und Marianne.³ Die angeführten Vorstellungen sind überzogen, doch instruktiv, insofern sie die grundlegenden Verschiebungen der französisch-deutschen politischen Beziehungen, des jeweiligen Selbstverständnisses und des Bildes vom Nachbarn widerspiegeln.

Im folgenden möchte ich die historische Dimension der deutsch-französischen Beziehungen seit der Französischen Revolution skizzieren, dabei die feineren Schattierungen im wechselseitigen Verhältnis deutlich machen und wesentliche Stationen und Kontroversen ansprechen, welche die Historiker beschäftigten und noch heute beschäftigen.⁴ Eine faire Auseinandersetzung mit dem historischen Topos deutsch-französische Beziehungen bedarf des häufigen Wechsels zwischen französischer, deutscher und „außenstehender“ Sichtweise, da stark abweichende Interpretationen des von den Generationen selbst Erlebten vielfach das Licht brechen. Angesichts dieser Notwendigkeit, der betrachteten langen Zeitspanne und der mir zur Verfügung stehenden Zeit muss der Überblick holzschnittartig bleiben. Der Schwerpunkt liegt bewusst bei der politischen Geschichte; das heißt gesellschaftliche, wirtschaftliche,

Nation und Emotion: Deutschland und Frankreich im Vergleich: 19. und 20. Jahrhundert. Göttingen 1995.

³ Hierzu kritisch u. a. Robert Picht / Wolfgang Wessels (Hrsg.): Motor für Europa?: Deutsch-französischer Bilateralismus und europäische Integration / Le couple franco-allemand et l'intégration européenne. Bonn 1990.

⁴ Zu den neueren Überblicksdarstellungen der deutsch-französischen Beziehungen in diesem Zeitraum zählen Jacques Binoche: Histoire des relations franco-allemandes de 1789 à nos jours. Paris 1996; Raymond Poidevin / Jacques Bariéty: Frankreich und Deutschland: Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815-1975. München 1982; enger gefasst ist Gilbert Ziebur: Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945: Mythen und Realitäten. Überarb. und aktualisierte Neuauflage, Stuttgart 1997; breiter gefasst Wolf D. Gruner / Klaus-Jürgen Müller (Hrsg.): Über Frankreich nach Europa: Frankreich in Geschichte und Gegenwart. Hamburg 1996. Raymond Poidevin: Péripiétés franco-allemandes: du milieu du XIX siècle aux années 1950: recueil d'articles. Bern 1995; Werner Rouget: Schwierige Nachbarschaft am Rhein: Frankreich – Deutschland. Hrsg. von Joachim Bitterlich und Ernst Weisenfeld. Bonn 1998.

mentalitäts- und geistesgeschichtliche Aspekte können leider nur am Rande berührt werden.⁵ Im ersten Teil der Ausführungen beschränke ich mich auf die gegenseitige Wahrnehmung beider Nationen bis zur Ausprägung der Legende der Erbfeindschaft. Im zweiten Teil werde ich die Spannungen und politischen Fehler zwischen dem Deutschen Krieg von 1867 und dem Zweiten Weltkrieg im europäischen Kontext diskutieren, doch auch positive Ansätze im beiderseitigen Verhältnis ansprechen. Abschließend erläutere ich die Motive und Entwicklung der deutsch-französischen Partnerschaft nach dem Zweiten Weltkrieg und kläre in diesem Zusammenhang die Rolle der europäischen Integration beim Ausweg aus der deutsch-französischen Konfrontation. Ein Exkurs zum bisher weitgehend unerforschten Verhältnis zwischen der DDR und Frankreich rundet den Überblick ab.

2. Images de l'autre - Bilder vom Anderen

Einen deutsch-französischen Gegensatz sucht man in der frühen Neuzeit vergeblich, denn die deutsche Staatenwelt war zersplittert und die Beziehungen zerfielen in viele bilaterale Verhältnisse, die häufiger eng als konfliktbeladen waren. Legt man ein sehr grobes Raster auf die drei Jahrhunderte vor der Französischen Revolution und versucht, die bekannten Grundtendenzen anzudeuten, muss man hinweisen auf den Antagonismus zwischen dem französischen Königshaus und der Habsburgerdynastie, welche durch den allmählichen Erwerb bedeutender Territorien wie Österreich, Böhmen, Mähren, Ungarn, den Niederlanden und zuletzt Spanien Frankreich gegen

⁵ Siehe hier aber u. a. Hartmut Kaelble: „Die französische und deutsche Gesellschaft seit 1880: Unterschiede, Annäherungen, Gemeinsamkeiten“, in: Gruner / Müller (Hrsg.): Über Frankreich, S. 495-527 inkl. Literaturhinweise sowie andere Werke von Kaelble; ferner mit zahlreichen Ansätzen zur Geistesgeschichte Horst Möller / Jacques Morizet (Hrsg.): Franzosen und Deutsche: Orte der gemeinsamen Geschichte. München 1996 (mit zahlreichen Quellen); eine Überblicksdarstellung zu den Wirtschaftsbeziehungen fehlt bisher. Am aufschlussreichsten hier Poidevin / Bariéty, Frankreich und Deutschland.

Ende des 15. Jahrhunderts einzukreisen drohte.⁶ Dieser Antagonismus trat nur in Phasen auf; er endete mit der Niederlegung der Kaiserkrone des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation 1806. Frankreich versuchte wiederholt, in Deutschland Einfluss auf die Mittelstaaten auszuüben sowie durch territoriale Eroberungen und Erwerbungen im Elsaß unter Ludwig XIV. Reichsstand zu werden. Dabei kam es auch zu Brandschatzungen in der Pfalz und der Zerstörung der Stadt Heidelberg.⁷ Doch die deutschen Staaten wechselten die Allianzen je nach politischer Wetterlage; ein Antagonismus als dauerhafter, nachhaltiger Zustand ist deshalb nicht zu belegen. Die brandenburgisch- bzw. preußisch-französischen Beziehungen waren im 17. und 18. Jahrhundert fruchtbar auch über die rein staatlichen Verbindungen hinaus - die Aufnahme der Hugenottenflüchtlinge durch Preußen und die Jahre des Aufklärers Voltaires am preußischen Hofe zeigen die Vielfältigkeit der Ebenen an -, und auch die deutschen Mittelstaaten pflegten zu Frankreich vielfach gute Beziehungen, weil sie hier Schutz vor habsburgischer Dominanz suchten. Es ist ferner unumstritten, dass das absolutistische Frankreich eine große Anziehungskraft auf deutsche Fürstenhäuser ausübte, die den Repräsentationsstil, die Architektur, höfische Kultur und Verwaltungsstrukturen nachahmten und Französisch sprachen, ebenso wie die französische und die deutsche Aufklärung sich wechselseitig beeinflussten, wenn auch mehr in west-östlicher Richtung.

Die Französische Revolution mit der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte begründete Frankreichs Stellung als zivilisatorische Führungsmacht Europas neu⁸; doch der Verlauf der Revolution und der napoleonische Versuch, mit militärischen Mitteln eine Hegemonie über Europa zu errichten, diskreditierten Frankreich und gleichzeitig die bürgerliche Revolution: Wurden die Gedanken, die die Revolution

⁶ Siehe weiterführend zum französisch-habsburgischen Dualismus und zu den deutsch-französischen Beziehungen in der frühen Neuzeit u. a. Alfred Kohler: *Das Reich im Kampf um die Hegemonie in Europa 1521-1648*. München 1990; Klaus Malettke: *Frankreich, Deutschland und Europa im 17. und 18. Jahrhundert: Beiträge zum Einfluss französischer politischer Theorie, Verfassung und Aussenpolitik in der Frühen Neuzeit*. Marburg 1994; Heinz Schilling: *Höfe und Allianzen: Deutschland 1648-1763*. Berlin 1989; Heinz Duchardt: *Balance of Power und Pentarchie: Internationale Beziehungen 1700 – 1785*. Paderborn 1997.

⁷ Vgl. weiterführend Schilling, *Höfe und Allianzen*, S. 200ff, 232ff, 252ff... Jean Schillinger: *Les pamphlétaires allemands et la France de Louis XIV*. Bern 1999.

⁸ Weiterführend: Jean Tulard: *Frankreich im Zeitalter der Revolutionen 1789-1851*. Stuttgart 1989 (Geschichte Frankreichs Bd. 4).

verkündete - Freiheitsrechte, Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz und Brüderlichkeit - zunächst diesseits des Rheins vielfach begeistert begrüßt, so wurde die Revolution in ihrem Verlauf mit Massenhinrichtungen, Diktatur und Eroberungskriegen bald zu einem Schreckensbild.⁹ Der Weimarer Dichterstürm Goethe suchte die Wurzel im französischen Nationalcharakter und bezeichnete die „französische Nation ... [als] eine der Extreme; in nichts kennt sie Maß“¹⁰. Allgemeiner konkludierte dagegen sein Zeitgenosse Friedrich Schiller im Jahre 1800, „Wenn sich die Völker selbst befreien - Da kann die Wohlfahrt nicht gedeihen“¹¹. Der Freiherr von Hardenberg wies Preußen den Weg, indem er empfahl, nicht Altes einfach abzureißen, sondern sorgfältig zu unterscheiden zwischen Gutem und Schlechtem, und weise Reformen statt blutiger Revolutionen durchzuführen.¹² Die Revolutionsfurcht - zumal seitens der herrschenden Schichten - blieb denn auch das erste und prägende Element des Frankreichbildes der Deutschen nach 1815. „Napoleon verschwand, der Revolutionsgedanke blieb“¹³, pointierte Leopold von Ranke. Zweitens trugen die Schrecken der napoleonischen Kriege, Besatzung bzw. Beherrschung sowie die Befreiungskriege bei Teilen des Bürgertums und jungen Menschen zur Formierung eines deutschen Nationalbewusstseins bei, das durch die staatenbündische Neuordnung Deutschlands auf dem Wiener Kongress nicht befriedigt wurde. Indes wäre es verfehlt, schon während der Befreiungskriege von einem Franzosenhass als Wesenszug deutschen Nationalbewusstseins zu sprechen.

⁹ Vgl. Alfred Stern: Der Einfluß der Französischen Revolution auf das deutsche Geistesleben. Stuttgart 1928; Heinz-Otto Sieburg: Deutschland und Frankreich in der Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts. Bd. 1, Wiesbaden 1954.

¹⁰ Zitiert nach Egon Friedell: Kulturgeschichte der Neuzeit, Bd. 2. 12. Auflage, München 1997, S. 845.

¹¹ Friedrich Schiller, „Wo rohe Kräfte sinnlos walten“, abgedruckt in: Wolfgang von Hippel (Hrsg.): Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, München 1989, S. 64f.

¹² Siehe Karl August Frhr. von Hardenberg: „Plädoyer für eine 'Revolution im guten Sinne'“ (1807), abgedruckt in: Hippel (Hrsg.), S. 71-73; und Elisabeth Fehrenbach: Vom Ancien Régime zum Wiener Kongreß. München 1993, S. 105; Quellen sind zusammengestellt u. a. von Rainer Pommerin / Reiner Marcowitz: Quellen zu den deutsch-französischen Beziehungen 1815-1919. Darmstadt 1997, dort Verweise auf weitere Editionen; ferner Wilfried Pabst: Das Jahrhundert der deutsch-französischen Konfrontation: Ein Quellen- und Arbeitsbuch zur deutsch-französischen Geschichte von 1866 bis heute. Hannover 1983.

¹³ Leopold von Ranke: „Preußen hat 1870/71 die revolutionären Kräfte besiegt“, v. 21. 12. 1885, abgedruckt in: Hippel, S. 252-254.

Die politische Klasse Frankreichs war trotz der Niederlage 1814/15 ohne Groll gegen die deutschen Staaten. Das Deutschlandbild gebildeter Franzosen wurde in der Romantik entscheidend von Madame Germaine de Staël und ihrem Werk *Über Deutschland* geprägt. Napoleon ließ die Schriftstellerin 1802 aus Paris verbannen und den 1810 erstmals erschienenen Druck ihres Werkes vernichten. Jenes wurde seit 1813 immer wieder gedruckt und in zahlreiche Sprachen übersetzt.¹⁴ Aus ihren Deutschlandreisen während der Napoleonzeit und ihren zahlreichen persönlichen und Briefkontakten mit der deutschen Geisteswelt schöpfend, zeichnete Madame de Staël das romantische Bild eines idyllischen, politisch zersplitterten und schwachen und unbedingt friedlichen Deutschlands der weltfremden Dichter, Denker und Komponisten. Zu den Dichtern stellte sie verschlafene, träge, tugendhafte Biedermänner, die fleißig und allesamt nicht minder musikalisch und philosophisch veranlagt sind: „Die Öfen, das Bier und der Tabaksrauch“, so Mme de Staël, „bilden in Deutschland um die Leute aus dem Volk eine schwere, heiße Atmosphäre, aus der sie nur ungern heraustreten“¹⁵. Dieses deutschfreundliche Bild wirkte im Denken der Franzosen bis weit ins zwanzigste Jahrhundert hinein, wurde allerdings zusehends abgeschwächt und schließlich völlig zerstört durch die Entdeckung des „anderen“ Deutschland etwa seit den 1840er Jahren: zunächst des Rheinpatriotismus, des preußischen Militarismus, der „Blut-und-Eisen“-Politik Bismarcks, des deutschen Überfalls auf Belgien und der brutalen Kriegsführung mit Gas im Ersten Weltkrieg und zuletzt der Verbrechen Nazi-Deutschlands.

Das Bild der Madame de Staël entsprach von Anfang an nicht der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit. Die innere und äußere politische Entwicklung im Deutschen Bund und in Frankreich verlief nach 1815 zunächst ähnlich: Im Zeichen der Restauration verschärfte sich ab 1820 die Repression - im Deutschen Bund auf dem Hintergrund der Ermordung des reaktionären Dramatikers und Spötters über Burschenschaften und ihre liberal-nationalpatriotischen Ideen August von Kotzebue durch einen Jenaer Studenten, dort begründet durch die Ermordung des bourbonischen Thronfolgers Herzog Charles von Berry. Der innenpolitischen

¹⁴ Erschienen London 1813; Leipzig (deutsch) 1815.

¹⁵ Hier zitiert nach dem Quellenauszug in: Möller / Morizet, *Franzosen und Deutsche*, S. 100.

Richtung standen außenpolitische Aktionen zur Seite: Während Metternichs Österreich 1820/21 in Neapel und Piemont zugunsten der Herrscher gegen Aufständische intervenierte, griff Frankreich, das auf dem Kongress von Aachen 1818 in das Europäische Konzert aufgenommen wurde, seinerseits 1823 in den spanischen Bürgerkrieg zugunsten des konservativen Monarchen ein, um die dortige Revolution mit Billigung der Ostmächte niederzuwerfen. Die Parallelen im Spannungsverhältnis zwischen Obrigkeit und wachsender bürgerlicher Opposition wurden erst gebrochen durch die Julirevolution 1830 in Frankreich, in deren Folge sich die Reaktion im Deutschen Bund erneut verschärfte, während in Frankreich eine gemäßigte, anfangs reformorientierte Notablenmonarchie errichtet wurde.

Ein erster Ansatz zu einer Revision des Deutschlandbildes bot in Frankreich die sogenannte Rheinkrise um 1840.¹⁶ Die Rheinkrise ging aus einem komplexen, hier nicht zu erörternden Sachzusammenhang hervor,¹⁷ in dem die französische Öffentlichkeit die sogenannten „natürlichen Grenzen“ von 1792 zurückforderte. Der auf der Insel Rügen geborene Dichter Ernst Moritz Arndt hatte bereits 1813 mit seinem Buch *Der Rhein, Teutschlands Strom, aber nicht Teutschlands Gränze* dieses politisch-publizistische Streitthema bekanntgemacht.¹⁸ Die Furcht vor einer französischen Aggression manifestierte sich in Deutschland nun in dem Entstehen zahlreicher Rheinlieder von Schriftstellern wie Nikolaus Becker, Hoffmann von Fallersleben und Max Schneckenburger, die den französischen Anspruch auf die Rheingrenze mit romantisch-patriotischer Rhetorik zurückwiesen und den Gedanken nationaler Einheit stärkten. Damit brach erstmals seit den Befreiungskriegen über weite Teile der Menschen in Deutschland eine Welle nationaler Begeisterung aus, nun deutlich verwoben mit antifranzösischer Hysterie. Der „Bürgerkönig“ Louis Philippe lenkte

¹⁶ Vgl. zum Gesamtverlauf Irmine Veit-Brause: Die deutsch-französische Krise von 1840. Köln 1967; zur geographisch-historischen Einordnung François-Georges Dreyfus: „Straßburg und der Rhein zwischen Frankreich und Deutschland“, in: Möller / Morizet, Franzosen und Deutsche, S. 185-202, insb. S. 189ff.; zur Orientierung über den außenpolitischen Verlauf Winfried Baumgart: Europäisches Konzert und nationale Bewegung: internationale Beziehungen 1830-1878. Paderborn/München/Wien/Zürich 1999, S. 91, 299.

¹⁷ Siehe zum Zusammenhang zwischen ägyptischer Krise und Rheinkrise François Charles-Roux: Thiers et Méhémet-Ali. Paris 1951.

¹⁸ Ernst Moritz Arndt: *Der Rhein: Teutschlands Strom, aber nicht Teutschlands Gränze*. Leipzig 1813.

zwar angesichts der bekundeten Kriegsbereitschaft Österreichs und Preußens und der festen Haltung der übrigen Großmächte ein, doch das nationale Bewusstsein in Deutschland ließ sich von nun an schnell gegen Frankreich mobilisieren.

Der potentielle Gegensatz wurde zu einem faktischen gegen Ende des zweiten Kaiserreichs. Nach dem Erfolg im Krimkrieg, der Frankreichs Stellung in Europa zunächst verbesserte, schien Napoleon III. zum Vorkämpfer revolutionärer Prinzipien zu werden.¹⁹ Mit seiner Nationalitätenpolitik, seiner auch militärischen Hilfestellung für die italienische Einigung, seiner Forderung nach einem unabhängigen Polen geriet er zu Beginn der sechziger Jahre zunehmend in eine internationale Isolation; vor allem Österreich und Russland sahen in Paris einen Herd der Unruhe, eine Gefahr für Frieden und Ordnung.²⁰ Doch der Weg zur Konfrontation mit Preußen verlief nicht direkt; Bismarck bemühte sich, Frankreichs Wohlwollen zu erwerben, ohne jedoch ein erdrückendes exklusives Bündnis mit dem mächtigen Nachbarn eingehen zu wollen. Guter Wille und Zusammenarbeit gab es auf beiden Seiten, so zuletzt anlässlich der Kandidatur eines Hohenzollern für den rumänischen Thron im Jahre 1866, die Napoleon zuletzt akzeptierte.²¹

3. Antagonismus und deutsch-französische Katastrophen

Das Deutschlandbild der gebildeten Franzosen änderte sich drastisch mit der Kulmination des Machtkampfes zwischen Preußen und Österreich im Deutschen Krieg von 1866.²² Der rasche und deutliche preußische Sieg über Österreich bei

¹⁹ Siehe weiterführend Martin Stauch: Im Schatten der Heiligen Allianz: Frankreichs Preußenpolitik 1848-1857. (Diss. Bonn) Frankfurt/Berlin 1996.

²⁰ Siehe zur Nationalitätenpolitik Napoleons III. u. a. Georges Dethan: „Napoléon II et l'Europe des nations“, in: *Revue d'histoire diplomatique* 98 (1984), S. 256-266; allgemeiner James F. McMillan: *Napoleon III.* London/New York 1991.

²¹ Siehe Paul Henry: *L'abdication du Prince Couza et l'avènement de la dynastie d'Hohenzollern au trône de Roumanie.* Paris 1930.

²² Siehe hierzu u. a. Herbert Geuss: *Bismarck und Napoleon III. Ein Beitrag zur Geschichte der preußisch-französischen Beziehungen 1851-1871.* (Diss. Köln) Köln/Graz 1959; E. Ann Pottinger: *Napoleon III. and the German Crisis 1865-1866.* Cambridge, Mass. 1966; zur Vorgeschichte Rudolf Buchner: *Die deutsch-französische Tragödie 1848-1864: Politische Beziehungen und psychologisches Verhältnis.* (Diss. Würzburg) Würzburg 1965.

Königgrätz, die Verdrängung der Habsburger aus Deutschland, die preußischen Annexionen und der für Frankreich ruhmlose Schacher um Kompensationen zerstörten bis dahin vorhandene Sympathien für Preußen und ließen eine anti-preußische Orientierung an die Stelle der älteren anti-habsburgischen Tendenz der Franzosen treten. Zu allem Überflus endete etwa gleichzeitig das mexikanische Abenteuer Napoleons in einem Desaster. Das innenpolitisch angeschlagene Kaiserreich versuchte durch außenpolitische Initiativen sowie innenpolitische Reformen wieder an Boden zu gewinnen und zog zunächst den Erwerb Luxemburgs als Kompensation für die preußischen Annexionen in Betracht. Frankreich erreichte zwar 1867 den Rückzug preußischer Truppen aus der seit dem Wiener Kongress besetzten Festung und dessen Neutralisierung, doch der von Napoleon angestrebte Erwerb des Großherzogtums scheiterte am Widerstand Bismarcks und der britischen Regierung.²³ Von nun an geisterte die Idee einer „Rache für Königgrätz“ durch Militär und Politik, während im erstarkenden oppositionellen Lager eine Friedens- und Abrüstungsbewegung heranwuchs.²⁴

Als im Frühjahr 1870 die Kandidatur eines Hohenzollern der Sigmaringer Linie für den spanischen Thron bekannt wurde, traf dies Frankreich an einer empfindlichen Stelle, weil dadurch der historische Reflex gegen eine Einkreisung ausgelöst wurde.²⁵ Dies führte mittelbar hin zum Deutsch-Französischen Krieg. Doch beide Mächte hätten die Möglichkeit gehabt, einen Krieg zu vermeiden. Der definitive Rückzug der Kandidatur am 12. Juli 1870 bedeutete ein preußisches Einlenken und

²³ Siehe Herbert Maks: „Das Grossherzogtum Luxemburg im Kräftespiel der europäischen Politik, 1839-1872“, (unveröffentl. Diss. Utrecht) 1991, S. 213-303; zur Orientierung Baumgart, *Europäisches Konzert*, S. 388-394.

²⁴ Siehe McMillan, *Napoleon III*, S. 120ff; zur Friedensbewegung und der Politik der Weltausstellung von 1867 siehe Wolf D. Gruner: „Frankreich in der europäischen Politik des 19. Jahrhunderts“, in: Ders. / Müller (Hrsg.), *Über Frankreich nach Europa*, S. 201-274, 236ff.

einen diplomatischen Erfolg für Frankreich. Doch unnötigerweise erhob die französische Regierung weitergehende, ehrverletzende Forderungen gegen Preußen, indem sie vom König verlangte, er solle für das Haus Hohenzollern auf alle Zeit den Verzicht auf eine Kandidatur erklären. Frankreich stellte die preußische Regierung damit vor die Alternative, entweder einen nach damaligen Normen empfindlichen Prestigeverlust hinzunehmen und die französische Nachforderung zu erfüllen, oder Frankreich den Krieg zu erklären. Die dann von Bismarck gekürzte und der Presse übergebene Emser Depesche stellte die französische Provokation bloß und setzte Frankreich im Licht der europäischen Öffentlichkeit ins Unrecht. Die Depesche wurde jahrzehntelang als das kriegsauslösende Moment angeführt, doch sowohl auf französischer Seite als auch auf deutscher Seite wird sie - und damit die Rolle Bismarcks - heute differenzierter bewertet²⁶, wenn auch immer noch kontrovers²⁷. Erstens muss man sie vor dem Hintergrund der Alternativen sehen, vor die die französische Regierung Preußen gestellt hatte. Zweitens hatte Bismarck zwar die Depesche gekürzt, doch den Inhalt weder einseitig verschärft, noch gar verfälscht. Im Gegenteil, Bismarck übergab die aufdringliche Art und Weise, in welcher der französische Botschafter den König auf der Kurpromenade abgefangen hatte und ihm eine sofortige Entscheidung versuchte abzunötigen.

Die Entscheidung Bismarcks für Krieg tritt also in der Veröffentlichung des Sachverhalts selbst zutage, denn damit gab er die Provokation an Frankreich zurück. Wenn die französische Regierung nun unverzüglich den Krieg erklärte, ohne die

²⁵ Den neuesten Überblick über die Ursachen des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71 liefert Baumgart, *Europäisches Konzert*, S. 394-405; wichtig, weil starke neue Akzente setzend, war die Arbeit von Eberhard Kolb: *Der Kriegsausbruch 1870: Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870*. Göttingen 1970. Zur spanischen Thronfrage vgl. Richard Fester: *Briefe, Aktenstücke und Regesten zur Geschichte der hohenzollernschen Thronkandidatur in Spanien*. 2 Bde., Leipzig/Berlin 1913; Jochen Dittrich: *Bismarck, Frankreich und die spanische Thronkandidatur der Hohenzollern: Die 'Kriegsschuldfrage' von 1870*. München 1962; Josef Becker: „Zum Problem der Bismarckschen Politik in der spanischen Thronfrage 1870“, *HZ* 212 (1971), S. 529-607; Richard Konetzke: „Spanien, die Vorgeschichte des Krieges von 1870 und die deutsche Reichsgründung“, in: *HZ* 214 (1972), S. 580-613. Allgemeiner zur Bismarckschen Außenpolitik Andreas Hillgruber: *Bismarcks Außenpolitik*. 3. Auflage, Freiburg 1993, hier zu den Ursachen des Krieges von 1870/71 S. 77-114.

²⁶ Siehe Binoche, *Histoire des relations franco-allemandes*, S. 41ff.

²⁷ Sehr Bismarck-kritisch die Arbeiten von Josef Becker, vgl. oben und „Von Bismarcks 'spanischer Diversion' zur 'Emser Legende des Reichsgründers'“, in: Johannes Burkhardt et al.: *Lange und kurze Wege in den Ersten Weltkrieg: Vier Augsburger Beiträge zur Kriegsforschung*, München 1996, S. 87-113.

Rückkehr des Botschafters nach Paris abzuwarten, ist der Schluss zwingend, und darüber besteht ein weitgehender Konsens unter Historikern, dass letztlich ausschlaggebende Entscheidungsträger in beiden Regierungen damals den Krieg wollten.²⁸

Leopold von Ranke, Mitbegründer der modernen deutschen Geschichtswissenschaft, sah den Krieg 1870/71 als eine „Niederlage der revolutionären Kräfte“, so prägend empfand er den verfassungspolitischen Gegensatz zwischen dem monarchisch-altkonservativen Preußen und dem revolutionären Geist Frankreichs.²⁹ Bereits dies war jedoch eine Rückprojektion des damaligen Konflikts in die Vorgeschichte der Auseinandersetzung; die verfassungsmäßige Ausrichtung war nur eine Ebene der internationalen Beziehungen. Aus den politischen Hauptentscheidungen des Krieges von 1870/71, namentlich der symbolischen Reichsgründung in Versailles und der Annexion Elsaß-Lothringens, entwickelte sich nun eine Neudefinition der deutsch-französischen Beziehungen, denen für die Zukunft ein unversöhnlicher Determinismus vorausgesagt wird. Analog findet eine mehrschichtige Rückprojektion des bestehenden Gegensatzes statt. Die Legende der Erbfeindschaft wurde geboren.

Versailles spiegelt wie kaum ein anderer Ort in der neuesten Geschichte die Tiefen der deutsch-französischen Beziehungen wider. Der französische Nationalstolz wurde tief verletzt, als die deutschen Fürsten am 18. Januar 1871 im Zentrum der französischen Kultur und Macht in einem feierlichen Akt im Spiegelsaal des Schlosses den Deutschen Kaiser ausriefen und damit symbolisch das Deutsche Reich gründeten. In den Augen der Franzosen bedeutete dieser Akt, noch unterstrichen durch den Verlust Elsaß-Lothringens - eine ungeheuerliche Demütigung. Das französische Selbstverständnis einer *grande nation* und einer kulturellen und moralischen Führungsmacht der Zeit wurde schwer beschädigt. Frankreich wurde dadurch

²⁸ Siehe Binoche, *Histoire des relations franco-allemandes*, 42ff; weiterführend Kolb, *Kriegsausbruch; Militärgeschichtliches Forschungsamt / Wolfgang von Groote / Ursula von Gersdorff (Hrsg.): Entscheidung 1870: der deutsch-französische Krieg*. Stuttgart 1970.

²⁹ Leopold von Ranke: „Preußen hat 1870/71 die revolutionären Kräfte besiegt“, v. 21. 12. 1885, abgedruckt in: Hippel, S. 252-254.

herausgefordert, für die Wiederherstellung und Reinigung dieses Selbstbildes vor der Welt eines Tages die Revanche zu suchen.

Die Symbolik war auch für die deutsche Psyche, für das deutsche nationale Selbstverständnis, eine Hypothek: Außer der nationalen Einheit wurde kein politisch-moralisches Ideal durch die Reichsgründung verkörpert. Wo war die Mission dieses Reiches, welches seine europäische Aufgabe in der Zukunft? Wie, ja, wo sollten die Deutschen den 18. Januar 1871 als Tag der Kaiserproklamation feiern? Vielerorts ist auf die moralisch-politische Ideenleere der Reichsgründung hingewiesen worden, die bismarcksche Reichsgründung ruhte auf militärischer Macht und der Abgrenzung gegenüber dem stolzen Nachbarn im Westen, mit dem Reich wurde auch das Feindbild zukünftigen Generationen eingeschweißt. Die Deutschen konnten nicht nach Versailles pilgern, um des 18. Januars zu gedenken.

Augenfällig übrigens die vielen Unterschiede zur deutschen Einheit vom 3. Oktober 1990: Der Ort des Geschehens wie des Gedenkens ist das Brandenburger Tor als neu definiertes Symbol für den Mauerfall vom 9. November 1989; die verkörperte Idee ist die Freiheit, die am 9. November erkämpft und am 3. Oktober durch die staatliche Einigung garantiert wurde. Dieser Gedanke ließe sich fortsetzen, doch das Pathos ist unsere Sache nicht.

Nach einer Ära der versuchten Annäherung zwischen 1876 und dem Ende der Bismarckzeit und trotz einer fortgesetzten Annäherung der sozialistischen und pazifistischen Bewegungen beider Länder wurde der Gegensatz zu Frankreich in Deutschland durch eine Kultur der Wachsamkeit und des Wettstreits um Weltgeltung verfestigt und durch historische Betrachtungen, oftmals Verfälschungen, untermauert. Selbst erlauchte Kulturhistoriker sahen ungeachtet der bestehenden regionalen Unterschiede im sogenannten Nationalcharakter eine Wurzel des deutsch-französischen Antagonismus. In typischer Manier das Gegensatzpaar Rationalität / Romantik variierend, schreibt Egon Friedell den Franzosen Pedanterie bis zur „Narrheit“ zu: „Methodik, Programmatik, Mathematik, System, Regel, *clarté*: das war immer die Hauptstärke des Franzosen, sehr im Gegensatz zum Deutschen, dessen

Wesen das Brauende, Schwelende, Tastende, Zentrifugale ist“³⁰. Analog dazu wurde in Frankreich die Theorie des „deutschen Charakters“, des militaristischen Preußen, kultiviert und die Trauer um den Verlust Elsaß-Lothringens wachgehalten.

Der scheinbare Determinismus des Gegensatzes erzwang geradezu die Theorie der Erbfeindschaft, so dass sich der Machtkampf von Generation zu Generation fortsetzte. Dabei entwickelten die Deutschen spätestens unter Wilhelm II. eine fatale Tendenz zur Selbstüberschätzung, die zu krassen Fehleinschätzungen in der Bündnispolitik, Alleingängen und diplomatischen Provokationen gegenüber Frankreich - und England - führte, wie sich in den Marokko-Krisen zeigte. Die Einkreisungsfurcht, der deutsche Offensivkult und das völlige Fehlen von strategischen Alternativkonzepten zum Angriff auf Frankreich zählten schließlich zu den Hauptursachen des Ersten Weltkriegs.³¹

Der Erste Weltkrieg wurde im Westen überwiegend auf französischem und belgischem Territorium ausgetragen und kostete auf französischer wie deutscher Seite etwa je zwei Millionen Menschenleben und mehr als doppelt so viele Verwundete - hier ist Verdun der symbolische überhöhte Ort des gegenseitig zugefügten Leids.³² Die Sieger baten die deutschen Delegierten anschließend in den Spiegelsaal von Versailles, um den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Die französische Friedensdelegation um Georges Clemenceau und André Tardieu spielte bei der Konzeption des Friedens eine unselige Rolle, denn im Streben nach Sicherheit waren sie nicht zimperlich in bezug auf die Mittel.³³ Frankreich versuchte, den Sieg machtpolitisch zu Lasten Deutschlands umzusetzen und forderte über Elsaß-Lothringen hinaus auch das Saargebiet, einen neutralen Rheinstaat mit dem Ruhrgebiet. Einen Rheinstaat gab es nicht, doch Frankreich setzte weitere Gebietsabtretungen zugunsten Belgiens,

³⁰ Friedell, Kulturgeschichte, S. 846.

³¹ Siehe zuletzt Charles A. Kupchan: *The Vulnerability of Empire*. Ithaca/London 1994; Stephan Van Evera: „The Cult of the Offensive and the Origins of the First World War“, in: *International Security* 9 (1984), S. 58-107. Aus der umfassenden Literatur über die Ursprünge des Ersten Weltkriegs sei hier nur verwiesen auf James Joll: *The Origins of the First World War*. New York 1984; und Fritz Fischer: *Der Griff nach der Weltmacht*. Düsseldorf 1961.

³² Vgl. zu den Friedensschlüssen allgemein Gerhard Schulz: *Revolutionen und Friedensschlüsse 1917-1920*. 6. Aufl., München 1985; stärker unter Berücksichtigung des deutsch-französischen Verhältnisses Peter Krüger: *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*. Zweite Aufl., Darmstadt 1991.

Dänemarks, Polens und der Tschechoslowakischen Republik durch, die zum Teil in offensichtlichem Widerspruch zum Selbstbestimmungsprinzip der Völker standen. Deutschland nahm an den Verhandlungen zum Friedensvertrag nicht teil. Die Missachtung des Selbstbestimmungsprinzips der Völker, welches erklärtermaßen zu den Grundlagen der neuen Friedensordnung gehörte, der Artikel 231 des Versailler Vertrags, in dem Deutschland die alleinige Schuld am Kriegsausbruch zugesprochen wurde, die unter den Rahmenbedingungen der Nachkriegsjahre unbezahlbaren Reparationen,³⁴ der fortgesetzte Wirtschaftskrieg und die politische Isolation heizten den deutschen Nationalismus und damit Revisionismus an, anstatt ihn zu bekämpfen.³⁵ Dem Völkerbund durfte das Reich nicht beitreten. Eine Identifikation, eine Mitwirkung an dem Bau der Friedensordnung wurde Deutschland damit versagt. Dies trug dazu bei, dass Deutschland in der Zwischenkriegszeit seine internationale Verantwortung als europäische Zentralmacht verweigerte und wiederholt dessen Destabilisierung in Kauf nahm, um revisionistische Ziele durchzusetzen. Doch mindestens ebenso gravierend wie die Widersprüche der Friedensordnung wirkte sich die innenpolitische Handhabung des Kriegsvermächtnisses auf die weitere deutsche und europäische Entwicklung aus. Das trotziges Leugnen der Kriegsschuld belastete die deutsch-französischen Beziehungen und führte zu einer Verdrängung statt sorgfältiger Aufarbeitung der Ursachen und der deutschen Schuld am Ersten Weltkrieg.

Die erste deutsche Demokratie erntete somit einen Frieden, den wesentlich das autoritäre Kaiserreich verdient hatte. Damit lud die französische Regierung, die maßgeblich für den harten Frieden gegen Deutschland eingetreten war, den Deutschen eine schwere Last auf, die unter den langfristigen Faktoren des

³³ Aufschluss über die französische Haltung geben insb. André Tardieu: *La Paix*. Paris 1919; und Georges Clemenceau: *Grandeurs et misères d'une victoire*. Paris 1930.

³⁴ Siehe zu den ökonomischen Widersprüchen des Friedensvertrags Matthias Schulz: *Deutschland, der Völkerbund und die Frage der europäischen Wirtschaftsordnung 1925-1933*. (Diss. Hamburg) Hamburg 1997, insb. S. 29-32, 37-41, 45ff.

³⁵ Vgl. neuerdings Jacques Bariéty: „La Conférence de la Paix de 1919 et la nation allemande“, in: *Revue de l'Allemagne* 28 (1996), S. 87-111; ferner Matthias Schulz: „Nachkriegserwartungen demokratischer Kräfte in Deutschland 1917-1919“, in: Wolf D. Gruner / Markus Völkel (Hrsg.): *Region - Territorium - Nationalstaat - Europa: Beiträge zu einer europäischen Geschichtslandschaft*. Fs. für Ludwig Hammermeyer. Rostock 1998, S. 348-364; Heinrich August Winkler: *Weimar 1918-1933: Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*. Zweite Aufl., München 1994, insb. S. 13-68.

Zusammenbruchs der Demokratie 1933 genannt werden muss - aber nicht als dessen Hauptursache gelten kann.

Bis 1923 verfolgte Frankreich eine Politik der Eindämmung, Demütigung und Isolation, führte einen Handelskrieg gegen Deutschland und besetzte schließlich Anfang 1923 mit den Alliierten das Ruhrgebiet aufgrund geringfügiger Rückstände bei den Sachreparationen. Die französischen Historiker Raymond Poidevin und Jacques Bariéty wählen hier zurecht das Bild eines „Kalten Krieges“³⁶. Hintergrund der französischen Politik waren die fehlenden Sicherheitsgarantien, das geplatze französisch-britisch-amerikanische Bündnis und das Fernbleiben der USA vom Völkerbund. Doch diese Politik führte zu keinem Ziel. Nach dem Misserfolg der Ruhrbesatzung und einem Regierungswechsel in Frankreich war der Weg frei für eine vorsichtige Annäherung. Diese Annäherung wurde auch in beiden Ländern von zahlreichen Stimmen hörbar gefordert, so in Deutschland von Heinrich Mann und vielen engagierten Politikern demokratischer Parteien wie dem Reichspräsidenten Paul Loebe (SPD), Gewerkschaftern und Industriellen, die den Europagedanken unterstützten, und in Frankreich von zahlreichen Politikern des sogenannten Kartells der Linken wie Léon Blum, Edouard Herriot, Joseph Caillaux und Intellektuellen, die selbstkritisch auch den Revanchegedanken als eine Ursache des Weltkriegs ansahen und den Militärs und verantwortlichen Politikern Heuchlerei vorwarfen.³⁷

Der mehrfache französische Premier und seit 1925 Außenminister des Kartells der Linken Aristide Briand sowie der deutsche Außenminister Gustav Stresemann versuchten erstmals seit etwa fünfunddreißig Jahren ernsthaft und nachhaltig, den Determinismus der deutsch-französischen Beziehungen zu widerlegen. Deutschland anerkannte im Locarno-Vertrag die Westgrenze, verpflichtete sich im Osten zur schiedsgerichtlichen Lösung von Konflikten; und Frankreich eröffnete dem Reich den

³⁶ Siehe u. a. René Girault / Robert Frank: *Turbulente Europe et nouveaux mondes 1914-1941*. Paris 1988, S. 127-137; Poidevin / Bariéty, *Frankreich und Deutschland*, S. 317-340.

³⁷ Siehe Alfred Kantorowicz: *Unser natürlicher Freund: Heinrich Mann als Wegbereiter der deutsch-französischen Verständigung*. Lübeck 1972; ferner Binoche, *Histoire des relations franco-allemandes*, S. 147, 151f.

Weg in den Völkerbund.³⁸ Briand und Stresemann gelang die Annäherung vornehmlich auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.³⁹ Sie schlossen einen deutsch-französischen Handelsvertrag ab, der zu einem raschen Zuwachs des Warenaustauschs führte, und Industrielle beider Länder arbeiteten vielfach zusammen - allerdings mit dem Ziel, Märkte aufzuteilen. Doch die politischen Zielsetzungen beider Länder waren zu unterschiedlich: Deutschland bemühte sich um die schrittweise Revision des Versailler Vertrages, während Briands Politik die Sicherung des Status quo und neue Sicherheitsgarantien anstrebte. Während Deutschland sich als erste Großmacht im Streitfall zur Anrufung des Haager Schiedsgerichtshofes verpflichtete und zu den ersten Unterzeichnern des Kriegsächtungspaktes von 1928 gehörte, erzielte Stresemann mit dem vorzeitigen Abzug von alliierten Besatzungstruppen und der erneuten Revision des Reparationsabkommens erste Erfolge. Dann schlug der mehrmalige Premier und Außenminister Aristide Briand im September 1929 vor dem Völkerbund eine Europäische Union vor, was zunächst auf reges Interesse vor allem von Mittelstaaten wie Belgien und den Niederlanden stieß. Auch Stresemanns letzte Rede vor der Völkerbundsversammlung kann als Zustimmung gewertet werden: Er beschrieb die wirtschaftliche und währungspolitische Zersplitterung als einen Anachronismus. Doch die hereinbrechende Wirtschaftskrise destabilisierte Deutschlands politisches System nachhaltig, und das Ableben Stresemanns kurz vor dem New Yorker Börsenkrach von 1929 hinterließ ein Vakuum.

Noch auf Wunsch Stresemanns und der übrigen europäischen Außenminister arbeitete Briand seinen Vorschlag schriftlich aus zu einem Memorandum für eine Europäische Union vom Mai 1930.⁴⁰ Der „territorialen Zerstückelung“, so die französische Regierung, müsse „ein Ausgleich in Gestalt einer Solidarität

³⁸ Siehe dazu speziell Jürgen Spenz: Die diplomatische Vorgeschichte des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund 1924-1926. (Diss. Hamburg) Göttingen 1966.

³⁹ Siehe weiterführend zum Themenkomplex deutsch-französische Annäherung und Versuche europäischer Wirtschaftsintegration Schulz, Frage der europäischen Wirtschaftsordnung, v. a. S. 89-131, 198ff, 205ff, 230ff, 278ff; siehe auch noch Peter Krüger: „Stresemann, Briand und der Völkerbund: Menschen, Mächte, Institutionen - und das Schicksal“, in: Franz Knipping / Ernst Weisenfeld (Hrsg.): Deutschland-Frankreich seit 1870-71: Eine ungewöhnliche Geschichte, S. 85-100.

⁴⁰ Siehe zum Briand-Memorandum und seiner Diskussion v. a. innerhalb der Reichsregierung ausführlich Schulz, Frage der europäischen Wirtschaftsordnung, S. 176-185, 193ff, 230-248.

gegenübergestellt“ werden, „die es den europäischen Nationen ermöglicht, sich endlich der geographischen Einheit Europas bewußt zu werden“⁴¹. Auf dieser Grundlage sollte ein Weg für eine europäische politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit eröffnet werden. Das Briand-Memorandum sollte man nicht überbewerten als Versuch eines großen Wurfes, aber sein Potential sollte auch nicht unterschätzt werden. Frankreich ging hier wiederum vom Primat der Sicherheit aus; sein vorrangiges Ziel war es, nach der vorzeitigen Räumung der drei deutschen Besatzungszonen neue Garantien zu erwerben und Frankreichs schwächer werdende Position gegenüber Deutschland und England zu konsolidieren und den Status quo in Europa zu festigen. Im Klartext sollte Deutschland seine Locarno-Politik des Gewaltverzichts und der unverrückbaren Anerkennung der Grenzen auch nach Osteuropa ausdehnen. Wenn die Frage der Sicherheit geklärt sei, könne man an eine vernünftigeren Organisation der europäischen Wirtschaft denken, an Erleichterungen im Zollwesen und die Vereinfachung des Güter-, Kapital- und Personenverkehrs, an den Auf- und Ausbau europäischer Verkehrs- und Kommunikationswege, an einen europäischen Kreditfonds für schwächer entwickelte Gebiete, könne man arbeitsrechtliche, hygienische und geistige Fragen der Zusammenarbeit diskutieren sowie die interparlamentarischen Beziehungen innerhalb Europas ausbauen. Der Briand-Plan war also auf eine langfristige Entwicklung ausgerichtet, deren Vorbedingung im deutschen Entgegenkommen gesehen wurde, sich mit der Versailler Territorialordnung abzufinden.

Die SPD-geführte Regierung von Heinrich Müller, die dem europäischen Einigungsgedanken wohlgesonnen gegenüberstand, ging jedoch im Winter/Frühjahr 1930 in der nationalistischen Agitation der Harzburger Front gegen den Young-Plan, der eine Minderung der Reparationslast vorsah, unter. Mit der Formation der antiparlamentarischen Minderheitsregierung Heinrich Brüning's änderten sich die innenpolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland dramatisch. Der Reichskanzler erteilte dem Briand-Plan trotz gegenteiliger Bestrebungen einiger Kabinettsmitglieder

⁴¹ Zitat und vgl. zum folgenden Briand-Memorandum vom 1. Mai 1930, abgedruckt in: EA, 5. September 1949, S. 2435-2440, Zitat 2435.

eine schroffe, betont nationalistische Absage.⁴² Durch den Wahlerfolg der NSDAP im September 1930 und die auf die Beendigung der Reparationen abzielende Krisenverschärfungspolitik der Regierung Brüning wurde schließlich der Weg einer fortschreitenden deutsch-französischen Verständigung verbaut. Der Briand-Plan für eine Europäische Union wurde in einem Studienausschuss beim Völkerbund beerdigt.

Mit der kaum verhohlenen Ablehnung des Briand-Plans und dem ruckartigen Ansteigen der nationalsozialistischen Stimmen bei den Reichstagswahlen im September 1930 wurden die Möglichkeiten der Annäherung erheblich reduziert. Die französische Regierung wandte sich zusehends von Deutschland ab, und die autoritären Präsidialregierungen Brünings, Papens und Schleichers, die vor Hitler ihr Unwesen trieben, zeigten an einer Verständigung mit Frankreich nur noch wenig Interesse. Mit der Machtergreifung begann eine neue Phase der weltpolitischen Isolation Deutschlands. Dies kam im Sommer 1933 zum Ausdruck auf der gescheiterten Londoner Wirtschaftskonferenz, die das Ende der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit besiegelte, auf der gescheiterten Abrüstungskonferenz, auf der Deutschland die Aufhebung der Versailler Rüstungsbeschränkungen forderte, und im Oktober 1933 schließlich durch den Austritt Nazideutschlands aus dem Völkerbund.

Frankreich versäumte es im Jahr 1933, den fundamentalen Bruch zu sehen, den die Machtergreifung für Deutschland und Europa bedeutete.⁴³ Trotz der sofortigen Ausschaltung der Demokratie und der massiven Verfolgung politischer Gegner, trotz der massiven Verletzung der Freiheits- und Menschenrechte von Juden, trotz des barbarischen, Gewaltbereitschaft sprachlich ausdrückenden Gebrülls des Diktators bei seinen öffentlichen Auftritten, ging die französische Politik von unveränderten außenpolitischen Zielen Deutschlands aus. Ein Teil Frankreichs wandte sich schauernd ab, wie auch die zahlreichen Flüchtlinge aus Deutschland, viele französische Intellektuelle jedoch unterschätzten die Gefahr des Nationalsozialismus und

⁴² Siehe Schulz, Frage der europäischen Wirtschaftsordnung, S. 230-248.

⁴³ Vgl. zu dieser Problematik Charles Bloch: Hitler und die europäischen Mächte 1933/1934: Kontinuität oder Bruch? Hamburg 1966.

plädierten noch immer für eine deutsch-französische Verständigung.⁴⁴ Hitler gelang es trotz des offensichtlichen Gegensatzes zu seinen Parteitagereden, Frankreich mit vertraulichen Friedensbeteuerungen und freundlichen Geschäftsangeboten zu beruhigen, ohne jedoch von seinen Zielen abzuweichen.⁴⁵

In Frankreich erreichte die Wirtschaftskrise erst 1934/35 ihren Tiefpunkt; sie war begleitet von zahlreichen Regierungswechseln und bürgerkriegsähnlichen Spannungen. Frankreich erteilte jedoch im Gegensatz zu Deutschland der faschistischen Versuchung eine Absage und fand eine neue demokratische Mehrheit links von der Mitte in der sogenannten „Volksfront“ von Sozialisten und Kommunisten. Zwar wurde damit ein Neubeginn versucht, der eine kurze kulturelle Blüte ermöglichte, doch die wirtschaftliche Erholung ließ auf sich warten, das Selbstvertrauen sank, die innere Polarisierung und Gewaltbereitschaft zwischen Rechtskonservativen und laizistischen Sozialisten nahm zu, und außenpolitisch wich Paris vor Hitlers Zumutungen Schritt für Schritt zurück, anstelle der Herausforderung die Stirn zu bieten, so dass ein namhafter französischer Historiker die 30er Jahre in Frankreich kritisch als Epoche des Niedergangs bezeichnete.⁴⁶ Nach der völkerrechtlich einwandfreien Rückkehr des Saargebiets zum Deutschen Reich 1935 erhöhte die französische Regierung die Dauer des Militärdienstes. Tags darauf führte Hitler unter Verletzung des Versailler Vertrags und Verweis auf angebliche französischen Provokationen die allgemeine Wehrpflicht ein. Auf den französisch-sowjetischen Beistandspakt antwortete Hitler wiederum unter Verletzung des Friedensvertrags mit der Besetzung der entmilitarisierten Zone entlang des Rheins. England und Frankreich reagierten lediglich mit förmlichen Protesten. Seit 1936 wurden in Deutschland die Rüstungsanstrengungen massiv verstärkt, die Kriegsvorbereitungen liefen an. Nach den Olympischen Spielen präsentierte der Diktator jede seiner Forderungen, als sei es die letzte: Sudetenfrage, Anschluss, Danzig. In München gelang es Hitler 1938 im

⁴⁴ Siehe Beispiele bei Binoche, S. 172f.

⁴⁵ Siehe Binoche 175ff; vgl. weiterführend zur französischen Außenpolitik in den dreißiger Jahren Anthony Adamwhaite: *France and the Coming of the Second World War*. London 1977; zu Hitlers Außenpolitik Hans-Adolf Jacobsen: *Nationalsozialistische Außenpolitik 1933-1938*. Frankfurt 1968, für die gesamte Phase des Dritten Reiches Klaus Hildebrand: *Deutsche Außenpolitik 1933-1945: Kalkül oder Dogma?*. 5. Aufl., Stuttgart 1990; Marie-Louise Recker: *Die Außenpolitik des Dritten Reiches*. München 1990; Gerhard Weinberg: *The Foreign Policy of Hitler's Germany*. 3 Bde., Chicago, 1970-1980.

Zusammenspiel mit Mussolini, Frankreichs und Englands Unterschrift zu gewinnen für die Annexion des tschechischen Sudetenlands. Dies bedeutete praktisch eine Kapitulation der westlichen Demokratien vor der Gewaltpolitik der Diktatoren.

In den Kriegsplänen Hitlers spielte Frankreich eine eher nachrangige Rolle insofern, als seine Expansionsziele im weiten Osten lagen. Hauptfeind war zunächst England, später Russland, aber primär richtete sich die nationalsozialistische Rassenideologie gegen Juden, Sinti und Roma, Sozialisten, Christen und Kommunisten, die in allen besetzten Gebieten unabhängig von ihrer nationalen Identität brutal verfolgt wurden.

Auf eine defensive Strategie festgelegt, wartete Frankreich seit dem Überfall des Deutschen Reiches auf Polen auf den deutschen Angriff, der erst am 10. Mai begann. Aufgrund gravierender Fehler des Generalstabs und der vorzeitigen Aufgabe dauerte der Blitzkrieg nur sechs Wochen, in denen über 100.000 Franzosen starben; Frankreich wurde von Paris bis Lyon von deutschen Truppen besetzt und stand am „Abgrund“, das dunkelste Kapitel seiner Geschichte begann: Besetzung und Kollaboration.⁴⁷ Der Norden des Landes wurde deutscher Militärverwaltung unterstellt, der Süden wurde vom formell autonomen Regime des Marshalls Pétain von Vichy aus verwaltet, nach der Landung der Alliierten in Nordafrika im November 1942 wurde die deutsche Besatzung auch auf Südfrankreich ausgedehnt. Pétain schickte das Parlament in die Ferien und führte eine Diktatur ein, die sich durch hohe Kooperationsbereitschaft gegenüber Hitler-Deutschland korrumpierte, Säuberungen durchführte, Gewerkschaften zerschlug und Kommunisten, Freimaurer und Juden verfolgte.⁴⁸ Juden wurden - zunächst ohne Druck der Nationalsozialisten - aus öffentlichen Ämtern und den Universitäten ausgeschlossen und in Lager interniert, von denen sie später meist in die sogenannten Vernichtungslager überführt

⁴⁶ Jean-Baptiste Duroselle: *La décadence 1932-1939*. Paris 1979.

⁴⁷ Jean-Baptiste Duroselle: *L'abîme 1939-1944*. Paris 1982. Siehe zur französischen Geschichte unter nationalsozialistischer Besatzung: Philippe Burrin: *La France à l'heure allemande 1940-1944*. Paris 1997; speziell zur Kollaboration Gerhard Hirschfeld / Patrick Marsh (Hrsg.): *Kollaboration in Frankreich: Politik, Wirtschaft und Kultur während der nationalsozialistischen Besatzung 1940-1944*. Frankfurt am Main 1991; Jean-Paul Cointet: *Histoire de Vichy*. Paris 1996; kurz zusammenfassend: Wilfried Loth: „Frankreichs dunkle Jahre: Besetzung, Kollaboration, Résistance“, in: Gruner / Müller (Hrsg.), *Über Frankreich*, S. 419-443.

wurden. Bis zu einem Drittel der französischen Wirtschaft wurden 1943 für die deutsche Kriegsproduktion eingesetzt.⁴⁹ Pétain machte sich zum Gefangenen der Kollaboration, die sich mit der Zeit verschlimmerte. Gegenleistungen erhielt er von Hitler nicht.

Andere flohen nach Nordafrika, England oder in die Schweiz; wieder andere gingen in den Untergrund, um das Régime zu bekämpfen. Die Résistance war anfangs nur eine kleine Minderheit; ab 1941 begann sich eine Organisationsstruktur unter den unterschiedlichen Gruppierungen zu entwickeln, die sozialistisch, kommunistisch und christlich motivierte Streiter für Freiheit und Menschenrechte umfasste. Maximal 200.000 Menschen umfasste die Résistance, doch die Zahl der Sympathisanten dürfte wesentlich größer gewesen sein. Im Jahre 1943 gelang es General de Gaulle, der ins Exil gegangen war, mit englischer Unterstützung französische Streitkräfte zu mobilisieren, Kontakte zur Résistance aufzubauen und einen Nationalen Widerstandsrat, dann ein Nationales Befreiungskomitee ins Leben zu rufen. Auf diese Weise entstand der Kern eines neuen Frankreichs. Es gelang de Gaulle, mit etwa einer halben Million Soldaten aus den Überseegebieten an der Seite der Alliierten an der Befreiung Frankreichs mitzuwirken. Am 26. August 1944 zog er triumphal über die Champs-Élysées. Das französische Selbstbewusstsein war wieder hergestellt.

Der neue französische Staat ging mit äußerster Schärfe gegen Kollaborateure vor. Bei der ersten sogenannten Säuberungswelle wurden außergerichtlich zwischen acht- und neuntausend Todesurteile vollstreckt.⁵⁰ Im Rahmen der zweiten, von der Justiz geleiteten Säuberungswelle wurden über 300.000 Dossiers angelegt, 124.613 Menschen verurteilt, davon knapp 50.000 zu Gefängnisstrafen, 6.763 zum Tode, allerdings wurde das Urteil nicht bei allen vollstreckt. Über 50.000 Menschen wurden die Bürgerrechte entzogen, weiteren rund 25.000 Belasteten wurde die Ausübung ihres bisherigen Berufs untersagt, überwiegend Mitarbeitern in der Verwaltung. Die drakonische Bestrafung einer Gruppe Schuldiger diente auch dazu, eine Abgrenzung vorzunehmen, Menschen, die sich in der Grauzone zwischen Kollaboration und

⁴⁸ Siehe Loth, „Frankreichs dunkle Jahre“, S. 422-427.

⁴⁹ Siehe Loth, „Frankreichs dunkle Jahre“, S. 431.

⁵⁰ Siehe diese und die folgenden Zahlen bei Burrin, *La France à l'heure allemande*, S. 467.

Passivität oder gar zwischen Résistance und Kollaboration aufgehalten hatten, zu reintegrieren, und half, den Mythos einer widerstandsfähigen Nation zu begründen.⁵¹ Eine gründliche historische Aufarbeitung der Verfehlungen erfolgte erst in den letzten Jahrzehnten.

4. Aufbruch, Versöhnung und europäische Integration

Die Epoche nach dem Krieg sah den grundlegenden Wandel der deutsch-französischen Beziehungen. Dieser Wandel zum Guten setzte auf beiden Seiten ein hohes Maß an politischem Willen zur Versöhnung, an Beharrlichkeit, an Bereitschaft zur Abkehr von historischen Denktraditionen, Vorurteilen und - vor allem auf französischer Seite - zur Selbstüberwindung voraus. Ohne den politischen Druck von außen wäre dieser Wandel wahrscheinlich wesentlich langsamer und vorsichtiger erfolgt.

Das dringendste Problem für Frankreich in den Nachkriegsjahren war wieder einmal Deutschland, die deutsche Frage. Frankreich wurde Besatzungsmacht, verfolgte aber eine eher auf Teilung ausgelegte Deutschlandpolitik als die „Großen Drei“, die USA, England und Russland, und hatte im Alliierten Kontrollrat einen schweren Stand. In ihrer Besatzungszone setzte sie die Entnazifizierung rigorosere durch als es in den übrigen Besatzungszonen geschah, und die französische Militär- und Zivilverwaltung übte eine scharfe Kontrolle aus. Doch nach neueren Erkenntnissen war die französische Politik gutwilliger als die Bevölkerung in der französischen Zone damals zu glauben schien.⁵² Gleichzeitig setzten sich die französischen Zivilverwalter nachhaltig für die Verbesserung der katastrophalen Ernährungslage in ihrer Besatzungszone ein, die eine Folge der katastrophalen Inflation und damit der nationalsozialistischen Politik gewesen war. Freilich war Frankreich selbst in den Nachkriegsjahren wirtschaftlich am Ende und konnte die Versorgung nicht derart unterstützen wie die Amerikaner. Weiter unternahm die

⁵¹ Burrin, *La France à l'heure allemande*, S. 468.

französische Regierung wichtige Maßnahmen für eine kulturelle und moralische Erneuerung der Deutschen.⁵³

Der Kalte Krieg veränderte das internationale Koordinatensystem auch für Frankreich, und als die USA und Großbritannien auf eine Einigung der Westzonen drängten, wandte sich Frankreich seit 1947 schrittweise, nach Gründung der NATO und im Zuge der Berlin-Krise immer mehr, einer konstruktiven Deutschlandpolitik zu.⁵⁴ Eine Verbindung zwischen französischen und westeuropäischen Sicherheitsinteressen, energiepolitischen Interessen und konstruktiver europäischer Einbindung der neuen Bundesrepublik gelang Außenminister Robert Schuman bzw. dem geistigen Vater des Schumanplans, dem Leiter der französischen Planungsbehörde Jean Monnet, 1950 in seiner Initiative für eine politische Integration des freien Teils Europas, beginnend mit Frankreich und der Bundesrepublik.⁵⁵ „Europa“, so der französische Außenminister,

„wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen. Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, daß der jahrhundertalte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird. Das begonnene Werk muß in erster Linie Deutschland und Frankreich erfassen“.⁵⁶

⁵² Siehe zur französischen Besatzungspolitik Rainer Hudemann: „Die französische Besatzung in Deutschland nach 1945“, in: Gruner / Müller (Hrsg.): Über Frankreich, S. 443-473, insb. seine Thesen 463-468. Dort weitere Literaturhinweise.

⁵³ Vgl. u. a. Corine Defrance: *La politique culturelle de la France sur la rive gauche du Rhin 1945-1955*. Straßburg 1994; Institut Français de Stuttgart (Hrsg.): *Die französische Deutschlandpolitik zwischen 1945 bis 1949*. Tübingen 1987; Stefan Martens (Hrsg.): *Vom 'Erbfeind' zum 'Erneuerer': Aspekte und Motive der französischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg*. Sigmaringen 1993; Stefan Zauner: *Erziehung und Kulturmission: Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945-1949*. München 1994.

⁵⁴ Vgl. zur unterschiedlich datierten Wende in der französischen Deutschlandpolitik Raymond Poidevin: „Die europapolitischen Initiativen Frankreichs des Jahres 1950 - aus einer Zwangslage geboren?“, in: Ludolf Herbst et al. (Hrsg.): *Vom Marshallplan zur EWG: die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt*. München 1990, S. 257-262; Hellmuth Auerbach: „Die europäische Wende der französischen Deutschlandpolitik 1947/ 48“, in: ebd., S. 577-592.

⁵⁵ Siehe zum Schumanplan Raymond Poidevin: *Robert Schumans Deutschland- und Europapolitik zwischen Tradition und Neuorientierung*. München 1976; Ludolf Herbst: *Option für den Westen: Vom Marshallplan bis zum deutsch-französischen Vertrag*. München 1989, S. 74-86; Wilfried Loth: *Der Weg nach Europa: Geschichte der europäischen Integration 1939-1957*. Zweite Auflage, Göttingen 1991, S. 80-90.

⁵⁶ Robert Schuman: „Erklärung über eine Montanunion“, 9. Mai 1950, abgedruckt in: Walter Lipgens (Hrsg.): *45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung: Dokumente 1939-1984. Von den Schriften der Widerstandsbewegung bis zum Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments*. Bonn 1986, S. 293-295.

Schuman und Monnet griffen damit den Gedanken Briands auf, der auch im französischen Widerstand eine große Bedeutung und Vertiefung erlangt hatte, und gaben ihm einen neuen, konkreten Gehalt.⁵⁷ Der Vorschlag für die Errichtung einer Hohen Behörde für Kohle und Stahl sah vor, die gesamte deutsch-französische Montanproduktion in einem gemeinsamen Markt durch eine supranationale Gemeinschaft mit eigener Rechtsetzungskompetenz zu organisieren und dadurch eine „Solidarität der Produktion“ zu schaffen.⁵⁸ Die Verflechtung der Schlüsselindustrien, die Kontrolle über Rüstungen, die Hebung des Wohlstands durch Marktintegration, die Grundsteinlegung für eine europäische Föderation und eine Wirtschaftsgemeinschaft und die Überwindung des deutsch-französischen Gegensatzes, aber auch eine Neudefinition der Rolle des von deutsch-französischen Kriegen besonders betroffenen Erz-Kohle-Dreiecks am Rhein waren die weitgefassten Ziele Schumans, der ebenso wie Konrad Adenauer vom Rhein stammte.⁵⁹

Die Bundesrepublik sollte also erstmals gleichberechtigt an einem Projekt der europäischen Nachkriegsgestaltung und dem Aufbau einer europäischen Institution mitwirken können. Damit waren gleichzeitig ein Konzept für die Einbindung der Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft und die Strukturen für die Entwicklung der europäischen Integration geboren. Konrad Adenauer unterstützte den Schumanplan von Anfang an und übernahm auch - gegen heftige Kritik seitens der SPD - die innenpolitische Verantwortung. „Mit dem Schumanplan“, so Adenauer in seinen Memoiren,

„begann in meinen Augen ein neuer Abschnitt der europäischen Geschichte Der Abschluß dieses Vertrages über die Montanunion setzte ... den feierlichen und unwiderruflichen Schlußpunkt unter die Vergangenheit, in der diese beiden Völker sich aus Mißtrauen, Konkurrenzsucht und Egoismus immer wieder mit den Waffen in der Hand gegenübertraten ... Die größere Bedeutung des Schumanplans

⁵⁷ Vgl. diverse Dokumente aus dem französischen Widerstand bei Lippens (Hrsg.): 45 Jahre, S. 64ff (Léon Blum), S. 91f (Combat), S. 133f (Jean Monnet), S. 146 (Sozialistische Partei Frankreichs), S. 178f (Comité français pour la libération), S. 187f (Mouvement de libération nationale).

⁵⁸ Zitiert nach Lippens (Hrsg.), 45 Jahre, S. 294.

⁵⁹ Vgl. zum regionalen Bezug der Montanunion im Denken Schumans und Adenauers Matthias Schulz: Regionalismus und die Gestaltung Europas. Hamburg 1993, S. 160-178. Zu Jean Monnet vgl. Jean Monnet: Erinnerungen eines Europäers. Baden-Baden 1988, insb. S. 367-470; und jüngst Andreas Wilkens (Hrsg.). Interessen verbinden: Jean Monnet und die europäische Integration der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1999.

bestand jedoch darin, daß aus der gemeinsamen Arbeit an diesem Werk überstaatlichen Charakters Vertrauen erwuchs, das unser europäisches Leben von Grund auf verändern würde.“⁶⁰

Das ideelle und institutionelle Gerüst der EGKS war tauglich für den Ausbau in der Zukunft und überstand auch das Scheitern des Vorhabens einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, welche die französische Regierung auf dem Hintergrund des Koreakrieges und der von den USA angestrebten Wiederbewaffnung der Bundesrepublik wenig später vorschlug.⁶¹ Adenauer verfolgte beharrlich seine Politik einer Versöhnung mit Frankreich, seine erste offizielle Auslandsreise als Bundeskanzler und Außenminister führte ihn nach Paris zu Verhandlungen über den Schumanplan und die Saarfrage. Gegen Ende seines Aufenthalts erhielt er einen Brief einer jungen Französin, die, wie so viele, auf Versöhnung hoffte und schrieb:

„Mein Vater ist an den Folgen des Krieges 1914-1918, den er von Anfang bis Ende mitmachte, gestorben. Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Kanzler, dieses Kriegskreuz eines französischen Soldaten, das meinem Vater gehörte und das ich diesem Brief beilege, annehmen zu wollen. Behalten Sie es als bescheidene Erinnerung an Ihren bedeutsamen Besuch in Paris im April 1951. Es ist eine bescheidene Geste der Hoffnung auf eine reine und wahre Versöhnung der beiden Völker, die so viel, eines durch das andere, gelitten haben.“⁶²

Als die Bevölkerung des Saarlands kurz nach dem Scheitern der EVG ein europäisches Statut ablehnte, einigten sich Adenauer und der französische Präsident des Ministerrats Guy Mollet umgehend auf eine Eingliederung der Saar in die Bundesrepublik - ein entscheidender Schritt auf dem Wege der deutsch-französischen Aussöhnung - war für beide Seiten klar, dass das Saarland in die Bundesrepublik gehörte. Als Frankreich dann in der Suez-Krise international weitgehend isoliert und geschwächt dastand, besuchte Adenauer seinen französischen Amtskollegen auf dem Höhepunkt der Krise am 6. November 1956 und lenkte dessen Blick auf das

⁶⁰ Konrad Adenauer: Erinnerungen: Bd. 1, 1945-1953, Stuttgart 1965, Zitate S. 423, 425. und vgl. S. 327ff, 423ff.

⁶¹ Weiterführend zur EVG: Armand Clesse: Le projet de C.E.D. du Plan Pleven au 'crime' du 30 août: Histoire d'un malentendu européen. Baden-Baden 1989.

⁶² Zitiert nach Adenauer, Erinnerungen, Bd. 1, S. 440.

gemeinsam zu schaffende Europa: „Il faudra cette réunion de l'Europe“.⁶³ Mit der Konsolidierung des deutsch-französischen Verhältnisses öffnete sich der Weg für die Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft und die wesentlich bedeutendere Wirtschaftsgemeinschaft der Sechs, die den umfassenderen Rahmen für nunmehr fast 50 Jahre erfolgreicher Integrationspolitik bildet.

Die deutsch-französische Aussöhnung kulminierte dann im Freundschaftsvertrag von 1963, der vor allem auf die Initiative der beiden Staats- bzw. Regierungschefs de Gaulle und Adenauer zurückging, die sich häufig persönlich begegneten und dabei auch Stoff für neue Mythen schufen.⁶⁴ Die Begegnungen in Colombey-les-deux-Églises, wo de Gaulle Adenauer privat empfing, die gemeinsam besuchte Messe in der Kathedrale von Reims und der triumphale Besuch de Gaulles in der Bundesrepublik im September 1962 überlagerten jedoch inhaltliche Spannungen in der Europapolitik und in der atlantischen Allianz, in denen de Gaulle eine zunehmend auf französische Unabhängigkeit zielende Position einnahm. Bonn wurde durch diese Politik quasi vor die Wahl gestellt, sich zwischen Paris und Washington zu entscheiden, eine Option, die für die Bundesrepublik angesichts der sicherheitspolitischen Lage während der Berlin-Krise und danach nicht bestand. Daraus resultierten erhebliche Verstimmungen, die die bilateralen Beziehungen während der gesamten sechziger

⁶³ Zitat und siehe Unterredung zwischen Präsident des Ministerrats Mollet und Bundeskanzler Adenauer vom 6. 11. 1956, Wortprotokoll, abgedruckt in: Horst Möller / Klaus Hildebrand (Hrsg.): Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich: Dokumente 1949-1963. Bd. 1: Außenpolitik und Diplomatie, bearbeitet von Ulrich Lappenküper. München 1997, S. 541-547, Zitat S. 546. Darauf schließlich Mollets Antwort: „Il faut de toute façon continuer la construction européenne“, S. 546. Siehe weiter zum am 6. November erarbeiteten Kompromiss für die Gründung von EWG und EURATOM Arbeitsgruppe deutscher und französischer Sachverständiger, Aufzeichnung v. 6. 11. 1956, abgedruckt ebd., S. 614-616; zur Bekräftigung von Mollets Wunsch nach Fortsetzung der europäischen Integration Geheim-Telegramm vom Staatssekretär im französischen Außenministerium Faure an Botschafter Couve de Murville vom 13. 11. 1956, ebd., S. 616-618, insb. 617; schließlich Adenauers Antwort, in dem er von einem Durchbruch zum gemeinsamen Europa spricht, Bundeskanzler Adenauer an Mollet, 14. 1. 1957, Entwurf, ebd., S. 623f.

⁶⁴ Siehe hierzu weiterführend: Thomas Jansen: „Die Entstehung des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963“, in: Dieter Blumenwitz et al. (Hrsg.): Konrad Adenauer und seine Zeit, Bd. 2, Stuttgart 1976, S. 249-274; Hans-Peter Schwarz: Adenauer: Der Staatsmann 1952-1967. Stuttgart 1991, S. 810-826; zu den innerdeutschen und bündnispolitischen Verwicklungen, die der Elysée-Vertrag auslöste siehe Matthias Schulz: „Die politische Freundschaft Jean Monnet - Kurt Birrenbach, die Einheit des Westens und die Präambel zum Elysée-Vertrag von 1963“, in: Wilkens (Hrsg.): Interessen verbinden, S. 299-327.

Jahre belasteten, den Ausbau der Gemeinschaft, die Beziehungen zum Ostblock und die Strategie der NATO betreffend.⁶⁵

Doch der Elysée-Vertrag legte andererseits den Grundstein für intensiven, regelmäßigen Meinungsaustausch auf politischer und Verwaltungsebene sowie für Kontakte vor allem der Jugend und der Studierenden beider Länder. Das Deutsch-Französische Jugendwerk erhielt einen Etat von 40 Mio. DM jährlich und organisierte allein zwischen 1964 bis 1968 ca. 35.000 Treffen.⁶⁶ Bis 1983 nahmen ca. 5 Mio. junge Menschen aller Schichten unter der Ägide des DFJW am Austausch teil, und über „1.300 Städtepartnerschaften“⁶⁷ wurden geschlossen, daneben treten zahlreiche bilaterale Komitees von Berufszweigen und Verbänden. Dadurch wurde die Möglichkeit geschaffen, dass sich Deutsche und Franzosen nicht nur als Vertreter bestimmter staatlicher Interessen, sondern als Menschen mit sozialen, beruflichen und politischen Problemen trafen und austauschten. Und dies schlug sich auch im kulturellen Leben nieder; man denke an den Chanson-Erfolg „Göttingen“ der französischen Sängerin Barbara, die die Bundesrepublik während eines Studienaufenthaltes kennenlernte. Die Institutionalisierung und Förderung des Austauschs trug zu gesellschaftlichen Parallelentwicklungen gegen Ende der 60er Jahre bei wie der Revolte der Jugend gegen verkrustete Gesellschafts- und Denkstrukturen, und zu einer Angleichung der Gesellschaften in bezug auf die Industrialisierungswege, Wirtschaftspolitik, Konsumverhalten und Lebensart, in der Entwicklung des Sozialstaates.⁶⁸ Wie sagte der französische Staatspräsident François Mitterrand 1983 am 20. Jahrestag des Elysée-Vertrages in Bonn: „Vergleich und Abstimmung sind uns zur zweiten Natur geworden, sind ein Grundelement im Alltag unserer Gesellschaften“.⁶⁹

⁶⁵ Siehe Schulz, „Jean Monnet - Kurt Birrenbach“, S. 302ff; vgl. Ziebura, Die deutsch-französischen Beziehungen, S. 147ff.

⁶⁶ Zahl nach Ziebura, Die deutsch-französischen Beziehungen, S. 221.

⁶⁷ Zahlen nach François Mitterrand, Rede in Bonn am 20. Januar 1983 anlässlich des zwanzigsten Jahrestags der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages, abgedruckt in: Europa-Archiv 5 (1983), S. D145-D155, Zitat D146.

⁶⁸ Siehe die Thesen Kaelbles, „Die französische und deutsche Gesellschaft“, 506ff.

⁶⁹ François Mitterrand, Rede in Bonn am 20. Januar 1983 anlässlich des zwanzigsten Jahrestags der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages, abgedruckt in: Europa-Archiv 5 (1983), S. D145-D155, Zitat D146.

5. Exkurs: Ostberlin und Paris

Die Beziehungen zwischen Paris und Ostberlin schlummerten bis zum Ende der DDR in weitgehender Regungslosigkeit. Die DDR-Regierung verfolgte in den Anfangsjahren vor allem das Anerkennungsziel und versuchte, die Westintegration der Bundesrepublik zu hintertreiben, was nicht gelang. Sie strebte nach einer Aufwertung des Regimes durch Kontakte mit bürgerlichen Regierungen und versuchte das Bild der Bundesrepublik als revanchistische Militärmacht zu pflegen, sprach von Kriegsvorbereitungen der Bonner Regierung und den Monopolkapitalisten, denen mitunter einzelne friedliebende westliche Bürger gegenübergestellt wurden. Als Charles de Gaulle 1958 an die französische Regierung zurückkehrte, begleitete *Neues Deutschland* ihn mit Hetzkampagnen nach dem typischen schwarz-weiß (bzw. braun-rot) gefärbten Muster. De Gaulle, so berichtete das Organ, fordere eine „faschistische Diktatur unter seiner Führung“⁷⁰. Das französische Volk jedoch würde antifaschistische Komitees bilden und sich mit „Machtvolle(n) Streiks gegen de Gaulle“, den „Todfeind der Republik“⁷¹, wenden. Adenauer und de Gaulle wurden in Hakenkreuzpose karikiert, ein anderes mal wurde der General zusammen mit dem Chef des Vichy-Régimes, Marshall Pétain abgebildet,⁷² den er vier Jahre lang aus dem Widerstand im Exil bekämpft hatte. De Gaulle wurde weiter abgebildet mit einem Foltermantel, den er der Marianne umzuhängen versuchte, dann mit einem schwarzen SS-Stiefel, mit dem er die französische Abgeordnetenkammer zertrat.⁷³ Ein anderes Mal wurde der Name des Generals so ergänzt, dass aus „de Gaulle“ „Gaulle(ite)r“ wurde.⁷⁴ Solange die Situation in Frankreich noch nicht geklärt war und Unruhen anhielten, berichtete *Neues Deutschland* von Straßenschlachten und Erfolgen der Streikenden.⁷⁵ Unterdessen sprach Walter Ulbricht den französischen

⁷⁰ Dieses und folgendes Zitat aus *Neues Deutschland. Organ des Zentralkomitees der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschland*, 20. Mai 1958, S. 1f.

⁷¹ *Neues Deutschland*, 24. Mai 1958, S. 5.

⁷² *Neues Deutschland*, 24. Mai 1958, S. 5.

⁷³ *Neues Deutschland*, 4. Juni 1958, S. 1.

⁷⁴ *Neues Deutschland*, 11. Juni 1958, S. 2.

⁷⁵ z. B. *Neues Deutschland*, 1. Juni 1958, S. 5.

Kommunisten seine brüderliche Solidarität aus.⁷⁶ Die Sozialisten, die der Übergabe der Regierungsgewalt an de Gaulle mehrheitlich zustimmten, wurden als Verräter stigmatisiert. Als die französische Nationalversammlung de Gaulle schließlich Sondervollmachten zubilligte, stellte *Neues Deutschland* es so dar, dass die gesamte internationale Presse ihn als eine „Gefahr für Europa“ ansehe.⁷⁷ Die westdeutsche Regierung aber, so das Zentralorgan, sei gewillt, „mit den Faschisten in Paris offen zu paktieren“⁷⁸. Die anhaltende Instabilität der Vierten Republik wurde in keinem der Berichte als Hintergrund für den Machtwechsel erläutert. Stattdessen entwarf *Neues Deutschland* in kontinuierlicher Fortsetzung der Traditionen der vorangegangenen deutschen Diktatur eine Verschwörungstheorie einerseits zwischen Bonn und de Gaulle sowie andererseits zwischen de Gaulle und der sogenannten „Hochfinanz“!⁷⁹ Der Bonner Regierung wurde eine „Unterstützungskampagne für die Faschisten“, ja sogar ein „Komplott“ mit den algerischen Putschisten unterstellt.⁸⁰ Der Grund der vaterlandslosen Perfidie des Bonner Kanzlers wurde in dem Streben nach eigenen Atomwaffen gesehen: „Adenauer will Atomrüstung mit dem Diktator“, hieß es; ein anderes Mal titelte die Parteizeitung „Adenauer plant mit de Gaulle Atomkriegsachse Bonn-Paris“⁸¹. Den ersten Besuch des Bundeskanzlers bei de Gaulle im September 1958 kommentierte *Neues Deutschland* mit der Schlussfolgerung, die Pariser Verträge von 1954 - in denen die Bundesrepublik ihren Verzicht auf Atomwaffen erklärt hatte - würden revidiert: „Die Aufhebung des ... für Westdeutschland vorgesehenen Verbots, atomares Kriegsmaterial selbst herzustellen, steht unmittelbar bevor“, gab die SED vor.⁸² Ansonsten wurde der epochemachende Besuch de Gaulles in Colombey-les-deux-Eglises und die sich daraus ergebende politische und menschliche Annäherung der beiden alten Männer totgeschwiegen.

⁷⁶ *Neues Deutschland*, 21. Mai 1958, S. 1. Erneut de Gaulle in Hakenkreuzpose in *Neues Deutschland*, 30. Mai 1958, S. 5. Weitere Solidaritätsbekundung des Sekretärs des ZK der SED Albert Norden, *Neues Deutschland*, 30. Mai 1958, S. 2.

⁷⁷ *Neues Deutschland*, 3. Juni 1958, S. 5.

⁷⁸ *Neues Deutschland*, 4. Juni 1958, S. 1.

⁷⁹ *Neues Deutschland*, 6. Juni 1958, S. 5.

⁸⁰ *Neues Deutschland*, 20. Mai 1958, S. 2; sowie *Neues Deutschland*, 1. Juni 1958, S. 1.

⁸¹ *Neues Deutschland*, 11. Juni 1958.

⁸² *Neues Deutschland*, 13. September 1958, S. 2.

In der gleichen Kontinuität wurde dann 1963 der Deutsch-Französische Freundschaftsvertrag interpretiert. Die Berichterstattung sprach von einem sogenannten „Kriegspakt Bonn-Paris“ und einer „Achsenpolitik“, die im übrigen dezidiert vom Mussolini-Hitler-Pakt von 1936 hergeleitet wird. *Neues Deutschland* wies ausschließlich auf die vereinbarte Zusammenarbeit im militärischen und wirtschaftlichen Bereich hin - von regelmäßigen Beratungen der „Kriegsminister und Generalstabschefs“ war die Rede -, dagegen wurden die weitgehenden gesellschaftlichen, verwaltungsmäßigen und kulturellen Vereinbarungen sowie der Jugendaustausch den ostdeutschen Bürgern verschwiegen.⁸³ Später wird noch das Gerücht von einer Erweiterung der sogenannten Achse Adenauer-de Gaulle um den spanischen Diktator Franco gesät.⁸⁴ Wer neben den Veröffentlichungen des Zentralorgans die zufällig zur gleichen Zeit stattfindende Diskussion zum Bildungswesen in der DDR verfolgt, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass einige Bürger doch von dem tatsächlichen Inhalt der Verträge erfahren haben. Nur so ist es doch zu erklären, wenn am 26. Januar, also wenige Tage nach Unterzeichnung des Elysée-Vertrages, der Leserbrief eines Pädagogikstudenten im *Neuen Deutschland* abgedruckt wird, der die Verbindung zwischen Auslandsaufenthalten und Fremdsprachenerwerb gefördert sehen möchte, und der Leserbrief eines anderen Bürgers, der - vorsichtig und parteilinientreu formuliert - fragt, ob im Bildungssystem Französischkenntnisse nicht mehr benötigt werden und eindeutig für den Erwerb der französischen Sprache Stellung nimmt.⁸⁵ Hier wird deutlich, dass die Manipulation an ihre Grenzen stieß, die Freiheit des Fremdsprachenerwerbs und kulturelle Offenheit auch von DDR-Bürgern eingefordert wurde. Nach dem Grundlagenvertrag wurden zwar diplomatische Beziehungen zwischen Ostberlin und Paris aufgenommen, doch unter den gegebenen Prämissen konnte sich eine besondere Herzlichkeit oder Nähe nicht entwickeln. Erst ab Mitte der achtziger Jahren kam es zu einer gewissen Annäherung, die in die Eröffnung eines Institut Français in Ostberlin mündete, welches - die

⁸³ *Neues Deutschland*, (in der Reihenfolge der Zitate) 22. Januar 1963, S. 7; 24. Januar 1963, S. 2; 23. Januar 1963, S. 5. Vgl. zur Herleitung der 'Achsen'-These *Neues Deutschland*, 30. Januar 1963, S. 2.

⁸⁴ *Neues Deutschland*, u. a. 30. Januar 1963.

⁸⁵ *Neues Deutschland*, Beilage Nr. 4 vom 26. Januar 1963, Seite 4, dort Leserbriefe von Eckhard Schulz, Mühlhausen in Thüringen und Rolf Richter, Jena.

französische Regierung bestand darauf - allen Bürgern offenstand und in dem westliche Zeitungen und Literatur zugänglich waren.

6. Normalität und Ausbau der Partnerschaft

Das Verhältnis zwischen Frankreich und der Bundesrepublik entwickelte sich nach den durchaus schwierigen sechziger Jahren in den siebziger und achtziger Jahren positiv, obwohl die weltwirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen eine Reihe von Problemen aufwarfen und die wirtschaftliche und politische Macht sich zugunsten der Bundesrepublik verschoben hatte. Der Elysée-Vertrag und die durch ihn eingerichteten Konsultationsmechanismen hatten langfristig eine tiefgreifende Wirkung. Die Gründung des Airbus-Konsortiums und der Bau einer europäischen Trägerrakete Ariane symbolisierten die erfolgreiche, sich intensivierende europäische politische Wirtschaftsintegration. Die deutsch-französischen Beziehungen erfüllten gegen Ende der achtziger Jahre auch erneut ihre Funktion als Motor des Integrationsprozesses. Die Ausgestaltung der europäischen Integration durch das Gespann Helmut Kohl - François Mitterrand, mit deren maßgeblicher Zusammenarbeit die Einheitliche Europäische Akte und damit der Binnenmarkt, der Maastrichter Vertrag mit seiner Festlegung auf die Europäische Währungsunion sowie die Osterweiterung auf den Weg gebracht wurden, wurde durch die Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten - trotz anfänglicher Skepsis seitens der politischen Klasse Frankreichs - nicht getrübt.⁸⁶ Eine gewisse Normalität ist eingeleitet. Frankreich hat seine besondere Stellung zur Bundesrepublik durch seine umfangreichen wirtschaftlichen wie kulturellen Investitionen in den neuen Bundesländern seit 1990 unter Beweis gestellt. Zweifellos wird es jedoch angesichts der andauernden Strukturkrise auf dem Arbeitsmarkt und der vielfach nicht als Chance, sondern als Bedrohung empfundenen Globalisierung, und bei anscheinend wachsender Bereitschaft in Berlin, vermeintliche oder tatsächliche nationale Interessen offensiver zu

vertreten, Anstrengungen in der politischen Bildung und in der politischen Führung erfordern, das gesellschaftliche Fundament der guten deutsch-französischen Beziehungen ständig zu erneuern. Das gemeinsame „Porzellan“ will gepflegt werden, und es gilt, neue konstruktive Ansätze, z. B. in der Sozial-, Kultur-, der Menschenrechts- und der Arbeitsmarktpolitik zu finden.

⁸⁶ Siehe u. a. Wolfgang Asholt / Ingo Kolboom: „Frankreich und das vereinte Deutschland: ein Rückblick nach vorn“, in: Europa-Archiv 7 (1992), S. 179-186.